

Chile: Zwei Jahre nach den sozialen Unruhen legt Amnesty International der Staatsanwaltschaft einen Bericht über die Verantwortung der Kommandeure vor

15.10.2021 verbindliches Original in spanisch:

<https://amnistia.cl/noticia/las-americas-amnistia-internacional-presenta-cinco-estrategias-para-hacer-que-la-policia-rinda-cuentas/>

Anlässlich des zweiten Jahrestages der sozialen Unruhen in Chile hat Amnesty International der Generalstaatsanwaltschaft einen [Bericht](#) vorgelegt, in dem internationale Standards zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Kommandeure der Carabineros im Zusammenhang mit den bei der Niederschlagung der Proteste begangenen Verbrechen zusammengestellt sind.



Autor: Luis Lobos-@la.hora.sono

"Vor zwei Jahren gingen Tausende von Menschen in Chile mutig auf die Straße, um mehr Gleichberechtigung und Menschenrechte zu fordern, wie z. B. eine angemessene Rente, Wohnraum, Bildung und eine qualitativ hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung. Die Behörden reagierten mit gewaltsamer Unterdrückung und Kriminalisierung der sozialen Proteste durch übermäßige Gewaltanwendung und diskriminierenden und unverhältnismäßigen Maßnahmen der Untersuchungshaft, neben anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen - eine Situation, die von der Regierung bis heute geleugnet oder heruntergespielt wird", sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin von Amnesty International für Amerika.

Amnesty International hat nachgewiesen, dass die bei den Carabineros eingesetzten Mittel und Methoden die übermäßige Anwendung von Gewalt ermöglichten, förderten oder tolerierten. Bisher wurde jedoch kein strategischer Befehlshaber strafrechtlich verfolgt, und viele der Offiziere, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben sollen, sind immer noch auf ihren Posten und überwachen die Proteste. An diesem Jahrestag erinnert Amnesty International daran, dass Gerechtigkeit und eine strukturelle Reform der Carabineros wesentliche Schritte sind, um sicherzustellen, dass sich diese Menschenrechtsverletzungen nicht wiederholen.

"Tausende von Opfern könnten heute eine andere Geschichte erzählen, wenn die Kommandeure der Carabineros nicht vorsätzlich Folterungen und Misshandlungen von Demonstrant:innen zugelassen hätten, um sie um jeden Preis zu vertreiben oder sie ohne angemessene Haftbedingung festzuhalten. Die Behörden wussten, was vor sich ging, und haben es versäumt, entschlossen zu handeln, um eine Wiederholung solcher Taten zu verhindern. Zwei Jahre nach dem Ausbruch der sozialen Unruhen sind die Ermittlungen kaum vorangekommen. Die Staatsanwaltschaft muss unverzüglich die Verantwortung der gesamten Befehlskette bis hin zur höchsten Ebene untersuchen. Wir hoffen, dass dieser Bericht dazu beitragen wird, diese anhaltende und inakzeptable Straflosigkeit zu beenden", sagte Ana Piquer, Direktorin von Amnesty International Chile.

Vorsätzliche Unterlassung und Straffreiheit

In dem der Staatsanwaltschaft vorgelegten Bericht wird die individuelle strafrechtliche Verantwortung derjenigen Vorgesetzten untersucht, die es versäumt haben, die übermäßige und unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt durch Untergebene zu verhindern oder anzuprangern.

Dieses Versäumnis, das so vielen Menschen das Leben und die Unversehrtheit gekostet hat, führte dazu, dass die zuständigen Vorgesetzten kaum oder gar nicht zur Rechenschaft gezogen wurden und die internen Kontrollmechanismen nach der Begehung von Straftaten und Menschenrechtsverletzungen schlecht funktionierten. Diese Befehlshaber behinderten auch bewusst den Zugang zu Informationen für die Staatsanwaltschaft und ließen Straffreiheit innerhalb der Institution zu - zum Beispiel in Fällen wie denen von Alex Núñez, Gustavo Gatica und Fabiola Campillai.

Dieses Umfeld der Begünstigung und Straffreiheit wird deutlich, wenn man sieht, dass zwei Jahre nach der weit verbreiteten repressiven Reaktion der Carabineros gegen den damaligen Direktor für Ordnung und Sicherheit keine Ermittlungen wegen seiner Rolle und Verantwortung während des sozialen Ausbruchs durchgeführt wurden, sondern er auf den höchsten Posten der Institution als Generaldirektor befördert wurde. Der ehemalige Generaldirektor wurde nicht aus seinem Amt entfernt, weil er möglicherweise für die im Bericht von Amnesty International dokumentierten Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Tötungen, Folter und andere Misshandlungen, verantwortlich ist.

Diese institutionelle Kultur der Straffreiheit wurde durch einen hetzerischen Diskurs der Behörden unterstützt, der den Protest dämonisierte, indem er die Demonstrant:innen als mächtigen, organisierten und rücksichtslosen Feind darstellte, der die verschiedenen Straftaten, die nach dem Ausbruch begangen wurden, förderte und ermöglichte. Bis heute kommt es immer wieder zu unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, und die Regierung hält an der uneingeschränkten Unterstützung für die Carabineros fest, was sogar so weit geht, dass sie die schwerwiegenden Ereignisse von vor zwei Jahren oder die Notwendigkeit einer strukturellen Lösung leugnet.

Dringende Reform der Carabineros

[Amnesty International hat darauf hingewiesen](#), dass eine umfassende und tiefgreifende Reform der Institution der Carabineros de Chile auf gesetzlicher und kultureller Ebene erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die Ordnungskräfte die internationalen Standards für die Anwendung von Gewalt strikt einhalten.

Aus diesem Grund hat Amnesty International zum zweiten Jahrestag des sozialen Ausbruchs auch den [Bericht](#) "Policing Under the Microscope: Five Keys to Police Oversight and Accountability in the Americas" (Polizeiarbeit unter dem Mikroskop: Fünf Schlüsselempfehlungen zur polizeilichen Aufsicht und Rechenschaftspflicht in Nord- und Südamerika) veröffentlicht, der das Ergebnis einer Untersuchung ist, bei der Erfahrungen aus der gesamten Region - einschließlich Chile - in Zusammenarbeit mit mehr als 100 Vertretern der Zivilgesellschaft, Akademikern, öffentlichen Beamten und Experten zu diesem Thema zusammengetragen wurden.

Dieser Bericht erinnert uns daran, dass die einzige Möglichkeit, dem Missbrauch durch die Polizei ein Ende zu setzen, darin besteht, einen Prozess der strukturellen Reform dieser Institutionen durch einen umfassenden Dialog mit der Zivilgesellschaft einzuleiten, der in der Lage ist, Gewaltmuster zu erkennen und unabhängige, transparente und partizipatorische Untersuchungs- und Rechenschaftsmechanismen zu formulieren, einschließlich der funktionierenden Rechenschaftspflicht der Kommandeure.

In diesem Sinne schlägt der Bericht die fünf im Titel genannten Schlüsselempfehlungen vor: erstens unabhängige und wirksame polizeiliche Überwachungsmechanismen, zweitens Mechanismen für eine sinnvolle Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Opferorganisationen, drittens geeignete Verfahrensweisen für die Untersuchung polizeilicher Übergriffe, viertens die Behandlung rechtswidriger polizeilicher Maßnahmen als strukturelles Problem und fünftens die Sicherstellung der Rechenschaftspflicht hochrangiger Kommandeure und deren Vorgesetzter.

Ergänzende Informationen:

Amnesty International hat [dokumentiert](#), wie die Carabineros de Chile während der Massendemonstrationen im Oktober 2019 schwere und weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen und mögliche Verbrechen nach internationalem Recht begangen haben. Darunter fällt insbesondere das Recht auf persönliche Unversehrtheit. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft und des Nationalen Menschenrechtsinstituts vom März 2021 gibt es mehr als 8.000 Opfer staatlicher Gewalt und mehr als 400 Fälle von Augenverletzungen. Diese weit verbreiteten Verstöße könnten auf ein Verhaltensmuster hindeuten, das die Absicht erkennen lässt, Demonstrant:innen zu schaden, um Proteste zum Schweigen zu bringen, oder indem ein solcher Schaden als notwendiges Übel angesehen wird. Das Ausmaß und die Konsequenz der begangenen Menschenrechtsverletzungen und möglichen Verbrechen nach internationalem Recht hätten vermieden werden können, aber die strategischen und operativen Befehlshaber der Polizeieinrichtung haben es bewusst versäumt, bestimmte in ihrer Macht stehende Maßnahmen umzusetzen.